

FDP-Fraktion stellt Verwaltung Fragen zur Zukunft des Stadthauses

Die FDP-Fraktion begrüßt die grundsätzliche Weichenstellung der Verwaltung, eine Sanierung des Stadthauses nicht in Eigenregie durchzuführen, sondern in Kooperation mit einem privaten Partner.

"Nach den Erfahrungen mit den Bauprojekten Kaiser-Wilhelm-Museum und Haltestelle Ostwall/Rheinstraße hätte uns auch jede andere Meinungsbildung in der Verwaltung überrascht. Auf der anderen Seite sprechen die Erfahrungen mit dem Bauprojekt der neuen Feuerwache für eine öffentlich-private Partnerschaft", erklärt FDP-Fraktionsvorsitzender Joachim C. Heitmann.

Trotzdem hat die FDP für ihre abschließende Meinungsbildung aus ihrer Sicht noch von der Verwaltung nicht beantwortete Fragen.

"Das sanierte Stadthaus soll Arbeitsmöglichkeiten für 650 Mitarbeiter bieten. Angesichts der langen Nutzungszeit - mind. 30 Jahre - stellt sich für uns die Frage, ob ein Personalentwicklungskonzept existiert. Da aufgrund veränderter Umstände -Stichwort Digitalisierung - Veränderungen im Personalbestand mittel-, auf jeden Fall langfristig nicht auszuschließen sind, setzt eine Entscheidung für das Stadthaus voraus, dass bezüglich anderer, insbesondere angemieteter Standorte eine Flexibilität erreicht wird, um ggf. bislang in angemieteten Standorten untergebrachte Verwaltungsmitarbeiter im Stadthaus unterzubringen", so Heitmann.

"Die Alternative, sich von dem Stadthaus ganz zu trennen und ein neues Stadthaus an anderer Stelle auf einem städtischen Grundstück, z.B. am Südausgang des Hauptbahnhofs, zu errichten, wurde mit der Mitteilung abgetan, dass man bei jeder sich bietenden Gelegenheit mit potentiellen Käufern gesprochen, aber kein Interesse an einem Erwerb gefunden habe. Diese bisherigen Bemühungen bitten wir, uns noch detaillierter darzustellen. Auf jeden Fall sollte die Stadt bis zur endgültigen Entscheidung ihre Bereitschaft für einen Verkauf des Objektes gegenüber potentiellen Käufern bekunden", fordert die FDP.

"Das gleiche gilt für die Alternative des "Sale and Lease". Sie würde die Stadt keineswegs als Mieter in eine rechtlose Stellung bringen. Die Vertragslaufzeit könnte kürzer als 30 Jahre sein, wenn mieterseitige Optionsrechte zur Verlängerung eingeräumt würden. Auch hier hätten wir gerne noch eine Stellungnahme der Verwaltung."

Die FDP-Fraktion wäre bereit, zu einer abschließenden Beschlussfassung im Rat am 29.09.16 zu kommen, wenn ihre Fragen bis dahin beantwortet würden. Es würde dann die Möglichkeit bestehen, über einen Veränderungsnachweis die erforderlichen Regelungen in den am 08.12.16 zu verabschiedenden Haushalt einzustellen, schlägt die Fraktion vor.